

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 10

SPD

November 2019



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

Zeit für Selbstbewusstsein! Nach langen Verhandlungen und vielen zähen Diskussionen kommt sie, die Grundrente. Die Details findet ihr [hier](#). Mit dem Konzept haben wir es geschafft, bei der Grundrente über das hinauszugehen, was im Koalitionsvertrag vereinbart war. Wichtig sind mir - neben der Tatsache, dass wir einen wichtigen Baustein gegen Altersarmut erreicht haben - noch zwei Dinge: Zum einen bleibt es dabei, dass die Grundrente ein Notbehelf ist. Entscheidend für eine gute Altersvorsorge sind und bleiben gute Löhne! Und zum zweiten lässt sich an der Debatte über die Grundrente ein wesentlicher Unterschied zwischen uns und der CDU/CSU gut darstellen. Für die SPD sind solche Leistungen soziale Rechte, die den Menschen aufgrund ihrer Lebensleistung zustehen. In der Union geht es dagegen um gnädige Zuwendungen für Bedürftige. Das ist aber nicht das, was einen Sozialstaat ausmacht. Eine weitere gute Nachricht aus diesen Verhandlungen ist, dass wir es endlich geschafft haben, Betriebsrentnerinnen und -rentner zu entlasten.

Für mich persönlich hat sich mein Arbeitsalltag in Berlin übrigens ziemlich verändert. Nach wie vor begleite ich die Entwicklungszusammenarbeit als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss. Allerdings gilt mein Hauptaugenmerk jetzt wieder der Innenpolitik. Die Fraktion hat mich zur innenpolitischen Sprecherin gewählt und es ist für mich ein bisschen wie nach Hause kommen. Im Innenausschuss habe ich 1994 meine parlamentarische Arbeit begonnen, war die erste Frau als Vorsitzende des Innenausschusses und später Parlamentarische Staatssekretärin in der Zeit von Innenminister Otto Schily. Eine harte, aber durchaus lehrreiche Schule. Es wird also nicht langweilig.

Auch wenn die Große Koalition oft Mühe macht, für sehr viele Menschen können wir Gutes bewirken und es sind Vorhaben, die es ohne Regierungsbeteiligung der SPD nicht geben würde!

Herzliche Grüße

2 Terminhinweise:

Bundespolitischer Stammtisch

Der nächste bundespolitische Stammtisch, gemeinsam mit dem OV West wird am **Mittwoch, dem 20.11.19 um 18 Uhr** in der Gaststätte Sanwald sein.
-> Haltestelle Feuersee.

Ich freue mich wie immer über die gemeinsamen Diskussionen, gerade während der Stichwahl unseres Parteivorsitzes.

Gambia - Perspektive Rückkehr?

Wie stellt sich die Situation für Geflüchtete aus Gambia dar? Was kann Deutschland tun, um ihnen eine realistische Perspektive in ihrer Heimat zu ermöglichen?

Darüber möchten u.a. Nils Schmid und ich gerne mit Euch und Ihnen und fachkundigen Gästen diskutieren:

**Am Donnerstag, 21.11.2019,
ab 19:00 Uhr**

im CVJM-Haus Esslingen, Kiesstr.,
3-5, 73728 Esslingen (Kleiner Saal)

Nähere Infos gibt es [hier](#).

Nehmt euer Wahlrecht wahr! Am 19.11.2019 startet die Abstimmung zur Stichwahl um den SPD-Vorsitz. Es wäre ein starkes Signal, wenn die Wahlbeteiligung nochmals ansteigen würde. Unsere SPD ist es wert, dass alle Mitglieder, auch die, die vielleicht vom Wahlverfahren nicht begeistert sind, ihre Chance wahrnehmen und ihre Stimme abgeben. Das erwarten wir von Wählerinnen und Wählern bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen - und das sollten wir auch als Mitglieder der ältesten demokratischen Partei in Deutschland wahrnehmen. Wer die Teams vorher nochmal in Aktion sehen möchte, kann das Duell am 18.11.2019 [hier](#) schauen.



Bürger*innenanliegen

Noch immer erreichen mich Zuschriften zum Thema Wolf und Artenschutz, zum Klimaschutzpaket und zum Thema Masernimpfpflicht. Das sind Anliegen, die den Stuttgarterinnen und Stuttgartern besonders wichtig sind. Ebenfalls viele E-Mails und Briefe bekomme ich zur anstehenden Änderung des Waffenrechts. Darüber hinaus interessieren die Themen Wahlrechtsreform, Tempolimit, Wildtierverschutz im Zirkus, entwicklungspolitische Bildungsarbeit und rückkehrende IS-Kämpfer. Aus aktuellem Anlass erhalte ich nun auch wieder Zuschriften zu den Änderungen bei Betriebsrenten und Anfragen zur Grundrente.



85 Prozent der Parlamentarierinnen in Europa haben bereits Erfahrungen mit sexueller Gewalt gemacht. Eine von fünf Parlamentarierinnen wurde schon einmal am Arbeitsplatz belästigt. Mit der Kampagne #NotInMyParliament möchte die Parlamentarische Versammlung des Europarates so viele Menschen wie möglich mobilisieren. Das gilt nicht nur für das Parlament, sondern für alle Orte, an denen Frauen mit Sexismus konfrontiert werden. Mehr Informationen gibt es [hier](#).

Entlastung bei Betriebsrenten beschlossen

Die Betriebsrentnerinnen und -rentner werden endlich entlastet. Aktuell gilt ab einer Freigrenze in Höhe von 155,75 Euro der volle Krankenkassenbeitrag, d.h. der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberanteil. Unterhalb dieser Grenze fallen keine Beiträge an, liegt die Betriebsrente jedoch nur einen Euro darüber, muss auf die gesamte Summe der Beitrag gezahlt werden.

Daher wird die geltende Freigrenze in einen dynamisierten Freibetrag umgewandelt, ab 2020 zunächst in Höhe von 159,25 Euro. Dies bedeutet, dieser Freibetrag bleibt für alle Betriebsrenten frei von Krankenversicherungsbeiträgen. Wer eine Betriebsrente bekommt, wird im Jahr 2020 um rund 300 Euro entlastet. Mindestens 60 Prozent der Betriebsrentnerinnen und -rentner zahlen dann de facto maximal den halben Beitragssatz, die weiteren 40 Prozent der Betriebsrentnerinnen und -rentner werden spürbar entlastet. Diese Regelung gilt im Übrigen auch für Einmalzahlungen aus Direktversicherungen. Hier werden die Krankenkassenbeiträge, die ja auf zehn Jahre berechnet werden, durch den Freibetrag künftig um rund 3.000 Euro gesenkt. Die Kosten in Höhe von 1,2 Milliarden Euro jährlich werden vollständig aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) finanziert.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

